

Nach dem US-Abzug: Das Land wird helfen

Ministerien beantworten Anfrage des CDU-Abgeordneten Werner Pfisterer

RNZ 14.03.2011

RNZ. Vor Kurzem hatte sich der Heidelberger Landtagsabgeordnete Werner Pfisterer mit einer „Kleinen Anfrage“ an die baden-württembergische Landesregierung gewandt hinsichtlich der Thematik „Perspektiven für Bundeswehr- bzw. NATO-Standorte in Heidelberg vor dem Hintergrund der geplanten Bundeswehrreform sowie dem Truppenabzug der Amerikanischen Streitkräfte“.

Das Innenministerium beantwortete im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium jetzt Pfisterers Fragen.

> Ist es beabsichtigt, Bundeswehr- bzw. Nato-Standorte in Heidelberg und Region Rhein-Neckar aufzulösen, und wenn ja, welche?

Bei der anstehenden Bundeswehr-Strukturreform wurden bislang noch keine Entscheidungen über die Zukunft bestehender Bundeswehr-Standorte getroffen. Auf dem Nato-Gipfel am 19. und 20. November 2010 ist ein neues strategisches Konzept für das Bündnis beschlossen worden, das u.a. vorsieht, die Anzahl der Hauptquartiere von elf auf sieben zu reduzieren. Entscheidungen sind noch nicht gefallen. Somit ist auch offen, ob das in Heidelberg stationierte Nato-Hauptquartier betroffen sein wird.

> Welche Bedeutung hat der Abzug der

amerikanischen Streitkräfte für den Nato-Standort Heidelberg?

Welche Bedeutung der geplante Abzug der US-Streitkräfte für den Fortbestand des Nato-Hauptquartiers in Heidelberg haben wird, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.

dem Regierungspräsidium Karlsruhe sowohl im Regionalen Lenkungskreis Konversion als auch in der nachgeordneten Facharbeitsgruppe vertreten.

Zunächst ist es Aufgabe der Kommunen und der Region, Vorstellungen zur künftigen Nutzung der durch den Abzug der

> Welche Überlegungen gibt es zur Konversion von dann evtl. ehemaligen Bundeswehr- bzw. Nato-Standorten in Heidelberg?

Zwischenzeitlich ist das Land aktiv in die für Konversionsfragen gebildeten regionalen Arbeitsstrukturen in der Region Rhein-Neckar eingebunden und dort mit

US-Streitkräfte frei werdenden Flächen einzubringen.

Die fachlich berührten Ministerien werden geeignete Instrumentarien, insbesondere bestehende Förderprogramme des Landes, in Ansatz bringen, um die Region und die betroffenen Kommunen bei der Konversion zu unterstützen.